

Bericht über meine Palästinareise, 2. - 12. November 2008

Die diesjährige Reise wurde organisiert durch eine englische Reiseleiterin für das **Israeli Committee Against House Demolitions**, das sich seit 10 Jahren aktiv gegen die israelische Politik in den besetzten Gebieten einsetzt. Wir waren 22 Engländer, ein Ire und drei Deutsche, eine sehr gemischte Gruppe, sowohl altersmäßig wie auch bezüglich der Bekanntschaft mit der Situation in Is/Pal – von zwei Lokalpolitikern aus einer Kleinstadt bei Birmingham, die bisher kaum damit in Berührung gekommen waren, bis hin zu einer Pfarrerin, die jedes Jahr zweimal ins Land fährt. (Durch sie hatte ich z.B. bei einem abendlichen Drink im bekannten Treffpunkt Jerusalem Hotel die Ehre, Mordechai Vanunu die Hand zu schütteln. Vanunu hat vor ca. 20 Jahren das israelische Atomwaffenprogramm der Öffentlichkeit bekannt gemacht. Dafür hat er 18 Jahre im Gefängnis gesessen und genießt nun eine stark eingeschränkte Freiheit.)

Das Programm war vollgespickt mit anregenden Besuchen und Besichtigungen. Der erste Tag führte uns direkt in die Arbeit des ICAHD ein. Jeff Halper, Gründer und Vorsitzender (und einigen vielleicht als Hauptsprecher im Film „Die eiserne Mauer“ * bekannt) erklärte uns zunächst das von westlichen Demokratien unterschiedliche Staatsverständnis Israels. Im Westen gehöre ein Staat all seinen BürgerInnen, in Osteuropa dagegen – woher die Gründer des Staates Israels im Wesentlichen stammten – gehöre ein Staat oder Territorium meist einer ethnischen Gruppe; Minderheiten werden, wenn überhaupt, nur toleriert. Streng durchgehalten, wie das in Israel der Fall ist, ist dieses Konzept mit Demokratie nicht vereinbar.

Weitere Aspekte der gegenwärtigen Situation, nach Jeffs Vortrag:

- Im (palästinensischen) Ostjerusalem leben heute mehr Israelis als Palästinenser.
- Im Jahr 2007 wurden mehr Häuser von israelischen ‚Arabern‘ zerstört als von den Bewohnern Gazas und der Westbank.
- Ca. 80% aller ohne Genehmigung gebaute Häuser befinden sich in Israel und werden nie abgerissen.
- Ashkenasi (europäische) Juden gehören durchweg zur Mittelklasse und Arbeitspartei.
- Misrahi (asiatische) Juden kommen aus der Arbeiterklasse und unterstützen Likud.
- Russische Juden werden in der Armee ‚judaisiert‘ und sind sehr fremdenfeindlich und anti-‚Araber‘ eingestellt.
- Die ‚ideologischen‘ Siedler sind nur etwa 15% der Gesamtzahl, alle anderen leben dort weil es vor allem billiger ist.

Anschließend fuhren wir um Jerusalem herum und besichtigen die israelische **„Matrix of control“** aus Mauer, Verbindungsstraßen nur für Juden, und Siedlungen rings um Ostjerusalem. Der Kontrast zwischen den von Palästinensern bewohnten Gebieten – ohne Bürgersteige, mit offenen Stromleitungen, vielen unfertigen Häusern (nicht immer wegen fehlenden Mitteln oder Genehmigungen, da sie auch oft „auf Zuwachs“ gebaut werden), viel Schutt und Müll. Jede Art städtische Dienste fehlen oder sind unzureichend. Die Siedlungen dagegen wären in einer deutschen Stadt nicht aufgefallen – mit Blumenbeeten geschmückte Rondellen und neuen, soliden Häuserreihen.

Zum Abendessen kehrten wir im **Beit Arabiya** ein, ein Haus außerhalb Jerusalems, das, nachdem es zum *vierten* Mal abgerissen und wiederaufgebaut, zu einem Friedenszentrum umgestaltet wurde. Erst nachdem ein Richter aus Den Haag nach Jerusalem kam und seine Bereitschaft bekundete, gegen die nächste Abrissbescheinigung beim Internationalen Gerichtshof vorzugehen, bleibt das Haus stehen und wird für Begegnungen, Camps und Seminare genutzt. An der Wand hing eine

*Der Film kann in der VB Geschäftsstelle ausgeliehen werden
(VB@versoehnungsbund.de)

Fotoausstellung der verschiedenen Bauepochen. Daneben Berichte, u.a. über die traumatisierende Wirkung der Abrisse auf die Kinder der Familie Shawamreh. Eine Tochter war nach der ersten Zerstörung tagelang blind, eine andere sprach wochenlang kein Wort. Es war außerdem ein Schaubild angebracht, das den Behördenweg bei einem Bauantrag – der kaum jemals erfolgreich ist – darstellte. Kafka ist nichts gegenüber diesem Gewirr von Ämtern und Pfeilen! Die Bebauungspläne in Is/Pal datieren zum größten Teil aus der britischen Mandatszeit und haben keinen Bezug zur Gegenwart. Dennoch verhindern die alten Gesetze dass Palästinenser Baugenehmigungen erhalten. Da die Familien wachsen, bauen sie trotzdem – in der Hoffnung, unter den vielen tausend illegalen Häusern nicht ‚dranzukommen‘. Seit 1948 sind allerdings mehr als 18 000 Häuser abgerissen worden.

Osama von der Organisation **Wi'am** (eines der beiden VB Gruppen in Palästina) führte uns zu einem direkt an der Mauer grenzenden Flüchtlingslager in Bethlehem. Ein Tor in das Lager ist von einem Riesenschlüssel gekrönt, ein Symbol der Hoffnung, eines Tages in ihre 1948 „vorübergehend“ verlassenen Häuser, deren Schlüssel bewahrt wurden, wieder zurückzukehren. Von einem Dach am Rand des Lagers hatten wir einen beeindruckenden Ausblick auf die sich um Bethlehem im Zickzack schlängelnde Mauer (um vor allem das Grab Rahels, ein beliebtes Ausflugsziel der Juden, wie auch den angrenzenden Parkplatz, auf der israelisch kontrollierten Seite zu halten) und auf die dahinter sich erstreckende Olivenhaine, einst Lebensunterhalt etlicher palästinensischer Familien. Hier konnte man deutlich erkennen, dass die Mauertrasse so geführt ist, dass möglichst viel Land in israelischer Hand, die Bewohner dagegen auf palästinensischer Seite bleiben.

Osama erzählte uns von der konfliktvermittelnden und beratenden Tätigkeit der Organisation Wi'am, die jahrhundertalte, vor-islamische Mediationsverfahren einsetzt und lehrt. Im Gegensatz zu den bei uns gebräuchlichen Verfahren werden dort in die Schlichtungsbemühungen immer auch Familienmitglieder und Nachbarn einbezogen, da keiner in einem beziehungslosen Raum lebt und Konflikte oft auch von ‚Außenstehenden‘ instigiert oder aufrecht gehalten werden. Die Mediatoren spielen eine aktive Rolle, suchen nach weiteren Mitbeteiligten und nutzen die Volksweisheit alter Geschichten und Sprüche. Es wird ein Jugend-, wie auch ein Frauenprogramm durchgeführt. Letzteres klärt Frauen über Geschlechtergleichheit und Zivilrechte auf, vermittelt aber auch handwerkliche Fähigkeiten, damit die Frauen ein unabhängiges Einkommen erzielen können – oft mit dem Ziel, ihren Töchtern ein Universitätsstudium zu ermöglichen.

Bei einem Besuch der **Katholischen Universität Bethlehem** erfuhren wir, dass die Studentenschaft zu 70% aus Muslimen und zu 70% aus Frauen besteht . In Gesprächen mit Angestellten und StudentInnen hörten wir von den Schwierigkeiten vieler, die Universität zu erreichen und ihrer ständigen Angst, wichtige Veranstaltungen und Prüfungen durch Schikanen an den Checkpoints zu verpassen. Um dies zu vermeiden gibt es einige, wenn auch zu wenige, Studentinnenheime. Männliche Studierende müssen versuchen Wohnungen und Zimmer zu finden – in Wohnheimen zusammen gedrängt würden sie ständig von

der Armee heimgesucht. Während des Besuchs wurden wir mit einem vorzüglichen, von Studierenden der Hotelfachschule der Universität bereiteten und servierten Diner beköstigt.

Nachmittags waren wir bei der Organisation **Badil**, die sich für die Rechte der Flüchtlinge und die Durchsetzung des – im Völkerrecht verankerten – Recht auf Rückkehr in ihre Heimat einsetzt. Nachdem ich selber lange Zeit das Gefühl gehegt hatte, dass das Pochen der Palästinenser auf Rückkehr eher ein Hindernis auf dem Weg zu einem Friedensabkommen sei – eine Haltung die auch den Oslo-Gesprächen zugrundelag – wurde mir hier deutlich, dass, da es ohne Gerechtigkeit keinen Frieden geben kann, der Frieden auch nicht ohne die Anerkennung und Bemühung um Wiedergutmachung des großen Unrechts, das durch die Vertreibung 1948 an den Palästinensern geschehen ist, erreicht werden kann. Zur Zeit bleiben ja die anderthalb Millionen Flüchtlingen, die außerhalb Palästinas in Jordanien, Syrien und Libanon leben und von der PLO noch vertreten wurden, bei den ganzen Friedensgesprächen außen vor. In kurzer Zeit gab der Referent von Badil die gesamte Geschichte der Besetzung Palästinas und Gründung Israels wieder und machte deutlich, dass die Nakba („Katastrophe“) weitergeht, solange die Flüchtlinge keine Rückkehrmöglichkeit haben. Auch die innerhalb Israels verbliebenen Palästinenser wurden damals in jeder Stadt in ein kleines, eingezäuntes Gebiet zusammengedrängt, das ohne Scham oder Ironie als Getto bezeichnet wurde.

Danach stand Hebron auf dem Programm. MitarbeiterInnen des **Christian Peace Team**, das sich dort bemüht, die von rabiatischen Siedlern ständig angegriffenen Palästinenser zu schützen, die von Polizei und Armee der gesetzlosen Siedlergewalt ausgeliefert werden. In Hebron – wie ich schon beim letzten Besuch vernahm – leben einige Hundert Siedler mitten in der palästinensischen Altstadt, wo die alte Marktstraße mit Maschendraht bedeckt werden musste, um die Durchgehenden vor den aus den von Juden bewohnten Häusern auf sie geworfenen Müll und Steine zu schützen. In den dazwischen liegenden 2 Jahren hat die Gewalt der Siedler erschreckend zugenommen, nun sind weder Israelis noch internationale Beobachter vor ihnen sicher. (Gerade heute lese ich sogar von einem durch Siedler grausam getöteten Esel – der vermutlich auch nicht beweisen konnte, dass seine Vorfahren schon zu biblischer Zeit das Land bewohnten.) Von Hebron fuhren wir weiter zum **Tent of Nations**, ein außerhalb Bethlehems liegendes Friedenszentrum und Camp auf dem Privatgrundstück einer palästinensischen Familie. Dort wurden zunächst internationale Erntehelfer und gegen die Mauer Protestierende beherbergt wurden und finden nun regelmäßig internationale Begegnungen statt.

George Rishmawi erzählte uns von den Bemühungen junger Palästinenser, ihr Anliegen selbst in die Hand zu nehmen. Mit anderen zusammen gründete er vor etwa 10 Jahren das **Rapprochement Center**, um Palästinenser und Israelis zusammen zu bringen. Aus der Initiative erwuchs die **International Solidarity Movement**, in der sich Palästinenser, Israelis und Ausländer aktiv und gewaltfrei gegen die Besetzung einsetzen. Die Organisation versucht, Palästinenser gegen die seit 2000 ständig zunehmende Gewalt zu schützen, durch Beobachtung an den Checkpoints und Übernachten bei bedrohten Familien. George Rishmawi zeichnete die jüngere Geschichte der palästinensischen Gebiete nach und machte u.a. deutlich, dass es (entgegen der allgemeinen Berichterstattung) bei den Verhandlungen in Camp David keineswegs ein von Barak vorgelegtes und von Arafat abgewiesenes Friedensangebot gegeben hat. Es handelte sich damals nur um ein von Präsident Clinton vorgelegten Vorschlag, der von den Medien aufgegriffen und als Angebot verbreitet wurde. Inzwischen wendet sich Rapprochement zunehmend der ‚community work‘ zu, bemüht sich darum, Ausreisewillige zum Bleiben zu ermutigen und Jugendlichen Medien- und Vertretungsfähigkeiten zu vermitteln. Vor einigen Jahren gründete George Rishmawi das **Middle East Information Center**, um den Medien mehr – und

korrektere – Informationen über die Lage der Palästinenser zukommen zu lassen. Als Beispiel des Bedarfs für solche Informationen führte er die Tatsache an, dass der gegenwärtige Waffenstillstand zwischen Hamas und Israel (vor dem jüngsten, erst am folgenden Tag stattfindenden Angriff, bei dem 6 Palästinenser getötet wurden) von der israelischen Armee bereits 200 Mal verletzt wurde.

Am folgenden Morgen hatten wir zunächst das Vergnügen, zu Fuß den **Checkpoint** zwischen Bethlehem und Jerusalem zu durchqueren. In den letzten 2 Jahren deutlich vergrößert und noch weniger zugänglich gestaltet, vermittelte er mit seinen verschiedenen Gängen, Drehtoren und Kontrollen einen gewissen Eindruck davon, was es bedeutet, sich dort um 4 oder 5 Uhr morgens hinzustellen, in der Hoffnung, pünktlich um 7 zur Arbeit in Jerusalem zu kommen – für die paar tausend Glückliche, denen es überhaupt gelingt, in den Besitz eines Passierscheins zu kommen, der zudem alle drei oder sechs Monate mühevoll erneuert werden muss.

Überaus positiv beeindruckend war dagegen ein Besuch in der **Future School for Girls** in Beit Hanina, Ostjerusalem. Die Offenheit, Aufgewecktheit und Fröhlichkeit der Schülerinnen machte den Besuch zu einem besonderen Vergnügen. Vor zwei Jahren von einem jerusalemer Pädagogen gegründet, hat die Schule inzwischen bereits 300 Schülerinnen (Klassenstärken von 36-38, in Schulräumen die für höchstens 20 geeignet sind; im Kindergartenjahr und im ersten Schuljahr sind auch Jungen. Gegen die palästinensische Praxis soll die Koedukation allmählich in allen Klassen eingeführt werden. Vorrangige Aufgabe ist aber, Mädchen zu fördern, damit sie mit den Jungen gleichziehen können, und so die Geschlechtergleichheit zu fördern. Die Schülerinnen mussten früher entweder teure Privatschulen besuchen oder hatten nach dem 8. Schuljahr die staatliche Schule beendet. Sie zahlen ein je nach wirtschaftlicher Lage gestaffeltes Schulgeld von etwa 40€ pro Monat. Die Schule hat großes Interesse an Partnerschaften mit ausländischen Schulen.

Einen ganz anderen Akzent in dieser komplexen Gesellschaft setzte Jeff Halper mit einem Besuch des **Ben Yehuda Markts** in Westjerusalem, wo wir erlebten wie der Sabbat am Freitagnachmittag eingeleitet wurde mit einem ohrenbetäubenden Signal als Warnung dass der Sabbat in 20 Minuten , um 16.30 beginnt und alle Händler bis dahin ihre Stände geschlossen haben müssten. Sonst würde ihnen von den orthodoxen Rabbis die Bescheinigung als kosher entzogen, ohne die kein orthodoxer Jude mehr bei ihnen kaufen würde. Junge Männer, in den obligaten weißen Hemden und schwarzen Hosen gekleidet, kontrollierten das Schließen genau. Anschließend führte Jeff uns durch ein hübsch begrüntes Viertel, das in den zwanziger Jahren für einwandernde Juden gebaut wurde und sich heute allmählich in ein begehrtes Wohngebiet verwandelt. Schließlich bestand 1948 das jüdische Drittel der Bevölkerung keineswegs nur aus Nachkriegsflüchtlingen. (Was freilich nicht rechtfertigte, dass die UN ihn 54% des Landes zudachte – heute besitzen sie 90%.)

Für mich ganz neu und sehr erfreulich war die Bekanntschaft mit dem **Ecumenical Liberation Theology Center Sabeel**. Eine Bewegung palästinensischer Christen, bemüht sich Sabeel um eine Befreiungstheologie für Palästina, Vertiefung des Glaubens, Einheit der Christen und sozialem Engagement. Eine Leitfrage: wie können Palästinenser die Bibel lesen, die aus israelischer Sicht den Raub ihres Landes rechtfertigt? Eine weitere Aufgabe dieser Organisation ist, den in USA sehr weit verbreiteten ‚Christlichen Zionismus‘ zu bekämpfen, indem sie den Dialog mit diesen Kreisen suchen und über die Situation palästinensischer Christen informieren. Mit Zweigen in den USA, Canada, Australien, GB, Skandinavien und den Niederlanden werden die internationalen Tagungen von Sabeel von bis zu mehreren tausend Menschen besucht.

Beeindruckend der Besuch des **Jerusalem Center for Women, 'Jerusalem Link'**. Erschreckend war allerdings die sehr schwierige örtliche Lage des Büros in einem der mehreren kleinen Enklaven, die eigentlich zur Westbank gehören, sich aber durch den Bau der Mauer plötzlich auf der jersalemer Seite befinden. Das bedeutet, das Gebiet ist jetzt Teil von Israel, die Bevölkerung (das heißt ihre Ausweise) gehört aber zur Westbank – eine enorme Belastung, da die Menschen nach Jerusalem nicht dürfen, der Weg in die Westbank aber einen langen Umweg über den nächsten Checkpoint bedeutet. Bis vor kurzem konnte der Weg um Stunden abgekürzt werden durch die Benutzung eines Abwassertunnels, der inzwischen aber auch geschlossen ist. Die temperamentvolle Leiterin des Jerusalem Link, Mariam machte uns mit seiner Arbeit bekannt. Die Organisation pflegt einerseits – soweit möglich – ihre Partnerschaft mit der israelischen Frauenorganisation Bat Schalom, andererseits bekämpft sie die patriarchale palästinensische Kultur. Die patriarchalen Strukturen werden durch die Besetzung noch verstärkt, da sie viele Männer zur Untätigkeit verdammt und ihr Frust sich gegen die Frauen wendet. Jerusalem Link sucht über die Religion den Weg zu den Frauen in den Dörfern, mit den drei Programmpunkten Frieden, Schulungen und Stärkung der Selbstbehauptung. Gegen die Hoffnungslosigkeit setzen die Frauen darauf, dass Frieden nicht nur durch Politik zu erlangen ist, sondern durch eine Veränderung des Denkens der Menschen auf beiden Seiten. Vernichtend war Mariams Urteil über die palästinensischen Parteien und Politiker, die sich gegenseitig bekämpfen um eine völlig irrealer Macht. Die Menschen dagegen suchen nur zu überleben. Deutlich machte sie die Auswirkungen der Häuserzerstörung auf die palästinensischen Frauen, deren Aktionsphäre im Wesentlichen auf ihr Heim begrenzt ist. Sie zitierte eine Frau, die gesagt hatte, sie fühle sich vor den Trümmern ihres Zuhauses wie nackt in der Wüste. Besonders beklagte sie die Lage der Jugend in Ostjerusalem, die früh aus der Schule in schlechtbezahlte Arbeit gelockt wird und daher weniger gebildet ist als die Jugend der Westbank. Gefragt, woher sie die Kraft zum Weitermachen bekommt, antwortete sie „aus meiner Wut“: gegen die doppelte Unterdrückung durch Patriarchat und Besetzung.

Bei einem Besuch im Quäkerzentrum in Ramallah, wo Leute aller Länder mit palästinensischen Aktivisten an Treffen und Seminaren teilnehmen können, sprach der amerikanisch-palästinensische Geschäftsmann **Sam Bahour** mit uns. Er hat in der Westbank das erste palästinensische Handynetz aufgebaut und beschäftigt heute mehrere tausend Menschen. Er verdeutlichte uns die Ausgrenzung des Großteils der palästinensischen Bevölkerung aus allen Friedensbemühungen, indem die Israelis sich überhaupt nur auf die Bewohner der Westbank und Gaza konzentriert. Die 60% der palästinensischen Bevölkerung, die nach Libanon, Syrien, Jordanien und noch weiter flüchteten, erhielten nie einen palästinensischen Ausweis und waren gezwungen, andere Staatsangehörigkeiten anzunehmen, um ein Papier zu bekommen, mit dem sie – zur Zeit der Osloer Gespräche, als großer Optimismus herrschte – nach Palästina zurückkehren konnten. Alle Verhandlungen mit den Israelis und der internationalen Gemeinschaft konzentrieren sich auf die Behörden in Ramallah, nicht mal auf den Rest der Westbank, geschweige denn Gaza und noch weniger auf die Auslandspalästinenser. Um letztere vollends auszuschließen, wurden sie gezwungen, sich mit Touristenvisa zu begnügen, die alle 3 Monate im Ausland erneuert werden müssen. Vor zwei Jahren fingen die Behörden dann an, die Visa systematisch zu verweigern, auch für Menschen die seit Jahren in Palästina wohnen und arbeiten, wie Sam selber und, zum Beispiel, die halbe Lehrerschaft der Birzeit Universität in Ramallah. Sam Bahour rief die „Right to Enter“ Kampagne ins Leben und konnte erreichen, dass die Staaten, deren Staatsangehörige auf diese Weise diskriminiert werden, sich für sie einsetzen. Aber immer noch werden ‚ausländische‘ Palästinenser von Familie und Arbeit durch die Verweigerung von Visa getrennt.

Sam hob hervor, dass die Wahlen im Jahr 2006 nur auf Grund des starken Drucks der USA erfolgt waren, obwohl die Palästinenser deutlich machten, dass es noch zu früh dafür war. Die Hamas habe sich von ihrer ganzen Geschichte und ihren Prinzipien abgewendet, um sich an einer demokratischen Wahl zu beteiligen. Hätte man sie regieren lassen, wären sie gescheitert und hätten einer Einheitsregierung Platz machen müssen, aber durch die Anfeindung ist ihr Erfolg gestärkt worden. Eindringlich betonte Bahour, dass es der Verantwortung aller Länder, die die 4. Genfer Konvention unterzeichnet haben, obliegt, auf die Einhaltung seiner Bestimmungen – im Fall Palästinas, die Vereinbarung über die Behandlung besetzter Bevölkerungen – hinzuwirken. (Kein Land hat diese Verantwortung bisher wahrgenommen. Deutschland versucht stattdessen es allen recht zu machen, indem Israel kritiklos unterstützt wird und zugleich mit massiver Hilfe in den besetzten Gebieten die von Israel zerstörte Infrastruktur wiederaufbaut wird – auf Kosten der Steuerzahler hierzulande.) Er ermutigte uns, Städtepartnerschaften mit palästinensischen Städten anzuregen. Vorschläge könne das jeder, und den Vorschlag einer Partnerschaft mit Bethlehem oder auch Taibeh (ein rein christliches Dorf nördlich von Ramallah – wo übrigens vorzügliches und auch in Israel geschätztes Bier gebraut wird) dürften zumindest „christliche“ Parteien nicht völlig missachten. Schließlich informierte uns Sam, dass auf der Website von Gush Shalom eine vollständige Liste aller Produkte aus den Siedlungen abgerufen werden kann. Wie bereits in zwei Fällen in Großbritannien geschehen, können gezielte Aktionen dazu führen, dass Niederlassungen ausländischer Firmen in den Siedlungen geschlossen werden.

Auch ein Besuch im berühmten Dorf **Bil'in** durfte nicht fehlen. Abdallah Abu Rahma vom Bürgerkomitee erzählte vom Verlust des ganzen Agrarlandes durch den Mauerbau und von dem nun schon fast drei Jahre währenden, gewaltfreien Kampf dagegen. Jeden Freitag seit Feb. 2006 wird dort eine bunte Demonstration mit der Unterstützung der israelischen Anarchists against the Wall und vielen internationalen Teilnehmern (zu denen wir uns bei der letzten Reise auch gesellen konnten) organisiert und gewaltsam von der israelischen Armee beendet. Dieser unermüdliche Einsatz ist am 7. Dezember in Berlin mit der Carl-von-Ossietsky Medaille der Liga für Menschenrechte geehrt worden.

Ein weiterer Besuch galt der direkt am Mittelmeer und nahe bei der Großstadt Tel Aviv gelegenen Stadt **Jaffa**. Der Historiker Sami Shahahadh führte uns ein in die Geschichte der Stadt seit 1948 und untermalte seinen Vortrag auf einem Spaziergang, der uns das Resultat vor Augen führte. Sami legte uns zunächst dar, dass die Nakba geschah, weil die Juden bei ihrer Staatsgründung eine Demokratie schaffen wollten. Ihn war klar, dass der Staat nicht demokratisch und jüdisch zugleich sein konnte, solange eine große palästinensische Bevölkerung vorhanden war. So mussten diese entweder getötet oder vertrieben werden. Für die Palästinenser wäre allerdings ein undemokratischer Apartheidstaat in dem sie weiter leben konnten vorzuziehen gewesen!

Jaffa war bis 1948 mit 120 000 Einwohnern die größte palästinensische Stadt, mit einem florierenden wirtschaftlichen und kulturellen Leben. Bei der Nakba wurde die gesamte Bevölkerung bis auf einen Rest von 3000 Menschen vertrieben. Die meisten konnten über das Meer nach Libanon und Syrien fliehen (während viele allerdings in überfüllten Booten umkamen). Erst nach 1967 war es den Verbliebenen überhaupt möglich, vom Schicksal ihrer Familienangehörigen zu erfahren. Der leerstehende palästinensische Besitz verfiel per Gesetz dem Staat. Wie auch in anderen palästinensischen Städten wurden die verbliebenen Menschen in einem kleinen, mit Stacheldraht umgebenen ‚Getto‘ am Meer im Norden der Stadt zusammengepfercht. Heute präsentiert diese Gegend ein kontrastreiches Bild: schöne, alte, palästinensische Häuser, z.T. schwer vernachlässigt, viele aber neu renoviert, dazwischen schmucke Neubauten wie auch verfallene Hütten. Jahrelang hat man versucht, die Palästinenser dadurch zu vertreiben, dass man direkt am Strand eine riesige Müll- und Schuttdeponie errichtete, durch den die

Anlieger Wege freikarren mussten, um ihre Häuser zu erreichen. Heute sind viele Häuser – alle neuen und renovierten Gebäude – in jüdischer Hand; der direkt am Meer liegende Bezirk wird immer attraktiver und zählt heute zur Künstlerkolonie und zum reichsten Wohnbezirk. (In einem alten Palast in Strandnähe, der vor Kurzem renoviert und in Wohnungen aufgeteilt wurde, kann man eine Monatsmiete von \$6000 zahlen.) Trotz der ungeheuren Kosten ist man daher nun darum bemüht, den Müllberg teilweise wieder abzutragen, um den Meeresblick wieder herzustellen, teilweise ihn zu rekultivieren. Die Palästinenser dagegen – Bürger des ‚demokratischen‘ israelischen Staats – erhalten keine Baugenehmigungen und dürfen keinerlei Veränderungen an ihren Häusern vornehmen, nicht einmal sanitäre Anlagen installieren; ihre Häuser verfallen immer mehr. Das geht z.B. soweit, dass einer Familie verboten wurde, eine Außentreppe zu ihrer Wohnung zu bauen, als im Parterre ihres Hauses ein Cafe eingerichtet wurde. Nachdem die trotzdem gebaute Treppe mehrmals abgerissen wurde, fand die Familie eine listige Lösung: sie baute eine Stahltreppe auf Rädern, die somit kein Anbau mehr ist! Aber die Nakba geht für diese Menschen bis heute weiter – immer wieder werden noch heutzutage einzelne ‚Araberfamilien‘ auf die Straße gesetzt und ihre Häuser von Israelis übernommen, oder es werden neue Immigranten einfach mit in derselben Wohnung einquartiert. Diese Praxis wurde zwar durch Gerichtsbeschluss gestoppt, 500 Familien sind aber immer noch von der Räumung bedroht.

Nicht nur werden die Palästinenser durch die Bezeichnung ‚Araber‘ ihrer Identität geraubt („Palästinenser gibt es nicht.“ – Golda Meir), auch ihre Geschichte wird durch das israelische Bildungssystem der Vergessenheit anheim gegeben, da in den Schulen nur die jüdische Geschichte gelehrt wird. In Jaffa wurden sämtliche Straßennamen geändert und durch Namen bedeutender Juden ersetzt. An vielen Häusern im palästinensischen Viertel prangern israelische Fahnen, sogar an einer Yeshiva (jüdischem Lehrhaus) kamen wir dort vorbei. Nur noch eine Moschee ist in der Stadt stehengeblieben, und mehrere Friedhöfe sind verschwunden. Erst in den siebziger Jahren gab es höhere Schulen für Palästinenser, seit Ende der Siebziger die ersten Universitätsabsolventen.

Ein Besuch bei aus dem Negev vertriebenen **Beduinen** stand auch auf unserem Programm; kurzfristig wurde beschlossen, statt des avisierten Dorfes eine Beduinengemeinschaft zu besuchen, bei denen am Vortag vier Häuser zerstört worden waren. Wir fanden ein paar noch stehende behelfsmäßig aussehende Hütten und fünf vom Roten Kreuz gespendeten Zelte, die keineswegs reichten, um die 97 Menschen aus den vier Häusern aufzunehmen. Die Beduinen wohnen in einfach zusammengehauenen Hütten aus Holz und Wellblech. Während unser Gesprächspartner – ein gepflegt aussehender, freundlicher junger Mann – von mehreren Männern und neugierigen Kindern umringt war, blieben die Frauen in ihren Häusern oder Zelten, manche beäugten uns interessiert aus dem Eingang. Der junge Mann erzählte uns, dass die kleine Ansammlung schon mehrmals verlegt worden war, immer höher heraus aus dem geschützten Tal in der judäischen Wüste, in dem sie sich niedergelassen hatten und ihre 2-3000 Ziegen und Schafe gut überwintern konnten. Dies geschah immer unter dem Vorwand, das Gelände würde vom Militär für Schießübungen gebraucht, von denen sie allerdings noch nie etwas erlebt hatten. So war das nicht das erste Mal, dass ihre Häuser einfach zusammengeschoben und als Haufen von Brettern und verbogenen Metallteilen zurückgelassen wurden. Seitdem sie sowieso nicht mehr hinter ihren Herden frei umherziehen können, würden die jüngeren gerne in festen Häusern wohnen, sehen aber keine Möglichkeit, den Boden und das Geld dafür zu finden. Die Behörden haben ihnen als einzige Infrastruktur eine Wasserleitung an der Straße gelegt, von der sie das Wasser in von Traktoren gezogenen Tankwagen zu ihren Hütten holen. Ihre Kinder dürfen die nächstgelegene Grundschule besuchen, sofern sie sie erreichen können. Auf dem nächsten Hügel, einige hundert Meter entfernt, steht ein Siedlungsaußenposten;

offensichtlich soll das Gelände nach und nach für eine Ausdehnung dieser Siedlung und feste Bauten geräumt werden.

Ein ganz anderes Erlebnis wurde uns im Städtchen Lod (manchem durch den nahegelegenen Flughafen bekannt) zuteil. Hier waren wir zu Gast bei der **Lod Foundation**, einer unabhängigen Stiftung, die in diesem Jahr gegründet wurde um die Stadt zu erneuern. Unser Gesprächspartner Arik Wasserman wurde vom Bürgermeister der Stadt aus seinem Promotionsprogramm an der London School of Economics weggelockt, um das Erneuerungsprogramm durchzuführen. Er erklärte uns zunächst die Problemlage der Stadt, in der 12 unterschiedliche Bevölkerungsgruppen leben: zu der alteingesessene palästinensische und jüdische Gruppen kamen im Lauf der Zeit diverse andere Gruppierungen hinzu, darunter Juden aus Russland und Äthiopien wie auch aus dem Negev vertriebene Beduinen, die sich längst an das Stadtleben gewöhnt haben. Die einst schöne Altstadt von Lod wurde bei der Nakba völlig zerstört, nur noch einige Ruinen stehen am Rande von weitgehend brachliegenden Flächen. Darum herum gibt es die unterschiedlichsten Wohnbauten; sie reichen von für jüdische Immigranten in den 60er Jahren gebaute Hochhäuser, heute teilweise von ‚Arabern‘, häufig aber auch von neueren Immigrantengruppen bewohnt, bis zu von Viehställen umgebenen Behelfshütten wie auch hübschen Neubauten in den Bezirken der Beduinen (die allerdings von großen oder auch mehreren Familien bewohnt sind). Die ‚Araber‘ erhalten kaum städtische Dienste – häufig weder Wasser noch Kanalisation (eine häufige Quelle von Erkrankungen), die Schulen sind alt, heruntergekommen und viel zu klein.

Arik Wassermans Vorhaben ist, aus Lod ein Vorzeigeprojekt der Stadterneuerung zu schaffen. Sein erster Erfolg war es, die verschiedenen Bevölkerungsgruppen an einen Tisch zu holen und mit ihnen bereits fünf gemeinsame Planungstreffen durchzuführen. Verschiedene Arbeitsgruppen stellten die Eckpfeiler eines Gesamtplans auf, der nun durch Israels beste Städteplaner ausgeführt werden soll. Bisher hat er für das ehrgeizige Projekt alle Gelder selber zusammengebracht, er hofft aber wegen der Einmaligkeit und Größe des Projekts auf großzügige Unterstützung durch internationale Stiftungen und die EU, und es scheint ihm zu gelingen, allein durch die Größe seiner Vision viele zur Hilfsbereitschaft zu gewinnen.

Ein Vertreter der **Rabbiner für Menschenrechte**, unserer nächster Gesprächspartner, führte uns in die Arbeit dieser Organisation ein. Die Rabbis nehmen sich einer weiten Bandbreite von Menschenrechtsfragen an, angefangen mit so einfachen Diskriminierungspraktiken wie die Tatsache dass alle Formulare für Anträge auf Sozial- und Arbeitslosenhilfe (die den israelischen ‚Arabern‘ als Staatsbürgern zustehen) nur in Hebräisch gedruckt werden. Sie bemühen sich um Hilfe für neuere Flüchtlinge – da Israel das einzige Land ist, das „aus Afrika zu Fuß zu erreichen ist“ versuchen viele Flüchtlinge ins Land zu kommen. Natürlich kann das kleine Land nicht alle aufnehmen, man bemüht sich um Unterkunft und Hilfe für die wenigen, denen es gelingt. Auch sind die Rabbiner bemüht, nach Gaza Hilfe zu bringen. Seit 2001 stehen Fragen von Land und landwirtschaftlichen Rechten im Vordergrund. So versuchen sie, die völlig überalterten, aus der britischen Mandatszeit geltenden Landnutzungspläne gerichtlich in Frage zu stellen. Die Gründung des jüdischen Staates und Übernahme des Landes wird zwar von den Rabbinern für Menschenrechte nicht grundsätzlich in Frage gestellt, allerdings werden ungerechte Auswüchse nach Möglichkeit bekämpft. Sie erinnern z.B. in den Synagogen an das Bibelwort „Wenn ihr ein Dorf belagert, dürft ihr die Bäume nicht abhauen“ und versuchen, Palästinenser bei der Olivenernte gegen Übergriffe der Siedler zu schützen. Die Organisation hat bei Gericht das Recht der Palästinenser auf Zugang zu ihren Landwirtschaftsflächen durchgesetzt; allerdings gibt es viele Möglichkeiten, dieses Urteil zu umgehen und außer Kraft zu setzen. Die Rabbiner für

Menschenrechte erinnern immer wieder an die Vorgabe der Tora, dass die Gottesgabe des Landes vom Verhalten der Juden abhängt.

Ein wichtiger Teil der Arbeit gilt der Menschenrechtserziehung, sowohl in Schulen wie auch bei der Armee. Als Grundtext für diese Arbeit gilt die israelische Unabhängigkeitserklärung, die gleiche Rechte für alle Bewohner des Landes promulgiert.

Grundsätzlich halten die Rabbiner für Menschenrechte das Recht der Juden hoch, unangefochten in einem eigenen Staat zu leben. Insofern befürworten sie auch den Bau der Trennungsmauer als Sicherheitsmaßnahme, nicht aber deren Trasse, die auf der „grünen Linie“ (der Waffenstillstandslinie nach dem Krieg 1949, international als Grenze zwischen Israel und der Westbank anerkannt) liegen müsste, anstatt tief ins palästinensische Gebiet zu dringen. Die Besetzung der Westbank seit 1967 hält die Organisation für illegal und moralisch unrecht, sie hat aber darüberhinaus keine offizielle gemeinsame politische Einstellung. Nach Meinung unseres Gesprächspartners müsse das Rückkehrrecht der Palästinenser angesprochen werden, und die Notwendigkeit eines eigenen Landes für die Juden mit einer Anerkennung des Unrechts der Nakba gekoppelt werden.

Unser letzter Gesprächspartner war ein junger Ökonom, **Shir Hever**, der uns den Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen und politischen Fragen in Bezug auf die Auswirkungen der Besetzung auf die Bewohner Palästinas. Zunächst hob er generell hervor, dass die israelische Gesellschaft sich von derjenigen westlicher Länder grundsätzlich unterscheide, indem viele Entscheidungen ganz unbürokratisch von Soldaten und Beamten in niedriger Stellung getroffen werden und von oben ohne irgendwelche schriftlichen Verfügungen gebilligt werden. Als Beispiel nannte er die Schaffung eines offenen Platzes vor der Tempelmauer nach dem Sechstagekrieg durch die Zerstörung eines eng bebauten palästinensischen Wohngebiets, kein kleines Unterfangen. In der ersten Zeit waren die Offiziere der Armee, wie viele Politiker, Milizoffiziere gewesen, die durch den gemeinsamen Hintergrund und persönliche Verbindungen mit der Regierung eng verknüpft waren und wussten, was ihre Vorgesetzten vorhatten. Bis heute werden weder Soldaten noch Siedler, die gegen die offizielle Regierungspolitik verstoßen, bestraft.

Hever unterschied mehrere Perioden einer unterschiedlichen Wirtschaftspolitik Israels in den palästinensischen Gebieten. Zwischen 1967 und 1977 konnten Palästinenser frei in Israel arbeiten, wo sie das Achtfache des in den Palästinensergebieten geltenden Lohnes verdienten. Sie durften auch frei in den Golfstaaten arbeiten, wo sie sehr gesucht waren wegen ihrer guten Ausbildung. Ferner half das Landwirtschaftsministerium den Bauern, bessere Erträge zu erzielen. So floss ein beachtlicher Reichtum in die besetzten Gebiete. Zugleich verhinderte die Besatzung allerdings eine Entwicklung der palästinensischen Gesellschaft hin zur möglichen Konkurrenz für Israel, indem sie den Import von Maschinen und Rohstoffen unterbanden, wie auch die Schaffung eigener Finanzinstitute und Infrastruktur für Industrie. Den Palästinensern blieb als Investitionsmöglichkeit nur Häuser und Bildung. Mehr als 20 höherer Bildungsanstalten wurden gegründet; allerdings fehlten Arbeitsmöglichkeiten für die Absolventen und in den Golfstaaten erhielten sie nur den Verdienst eines Tellerwäschers in Palästina.

Anfang der achtziger Jahre fiel der Ölpreis, auch waren Gleichheit und Sozialismus unterrichtende Lehrer in den Golfstaaten immer weniger willkommen. Agrarland wurde zunehmend für den Siedlungsbau geraubt. Schließlich brachte der Libanonkrieg 1992 Israel eine politische und finanzielle Krise, die eine starke Inflation auslöste. Man konnte sich die palästinensischen Arbeiter immer weniger leisten. Die schlechter werdende Wirtschaftslage nahm einer Generation in Palästina, die nichts als die Besatzung kannte, die letzte Hoffnung und löste die erste Intifada b 1987 aus. Bis dahin war die Besatzung für

Israel rein positiv gewesen – brachte sie doch Wasser (das zu 85% aus der Westbank kommt), Arbeitskraft, Märkte für billige Ware, und ließ sich mit minimaler Bemühung kontrollieren. Aber durch die Intifada, dem Anwachsen der Siedlerbewegung und dem allgemeinen Frust der Soldaten, unter dem die Palästinenser zu leiden hatten, musste die Besatzung wesentlich verstärkt werden und brachte zudem immer weniger Gewinn. Freilich dauerte es Jahre, bis das der israelischen Gesellschaft bewusst wurde und auch sie anfang, den palästinensischen Widerstand ernst zu nehmen.

Die Osloer Phase ab 1993 brachte einen stärkeren Ausdruck des politischen Willens der Palästinenser, gekoppelt mit dem Wegfall der Unterstützung durch die Sowjetunion und Veränderungen in der israelischen Gesellschaft durch den zunehmenden Wirtschaftsliberalismus. Mit dem „Pariser Protokoll“ wurde 1994 der wirtschaftliche Kontrollmechanismus des sog. „customs envelope“ eingeführt, nach dem Israel alle Zölle und Mehrwertsteuern auf den palästinensischen Handel einnehmen durfte und den, den Palästinensern zustehenden, Anteil an diese zurückzugeben hatte – abzüglich einer Provision sowie die Schulden palästinensischer Städte. Außerdem behielt Israel die völlige Kontrolle über Strom und Wasser. Die Palästinenser stimmten dieser Abmachung zu, da sie kaum die nötige Infrastruktur hatten um die Gelder selber einzunehmen, und ihnen zudem der freie Zugang zu Arbeitsplätzen in Israel garantiert wurde. Seit der Hamaswahl werden die Gelder nicht mehr an die Palästinenser gezahlt und es dürfen heute nur noch etwa 10.000 Palästinenser in Israel arbeiten, die meisten für geringe Löhne in den Siedlungen. So liegt die zwischenzeitlich florierende Wirtschaft völlig brach.

Heute erhält Israel/Palästina mehr Hilfe als fast jedes andere Land, hauptsächlich aus den USA und Deutschland. Mit dem Geld deutscher Steuerzahler wird teure Infrastruktur gebaut (z.B. der Flughafen Ramallah), nur um von Israel wieder zerstört zu werden. Zugleich erreicht ein Großteil der Hilfe nicht ihr Ziel, da Israel die Ressourcen nicht durchlässt, die zur Nutzung der Hilfsgüter nötig wären, oder aber sie werden gegen hohe Lagergebühren festgehalten bis sie ihren Nutzen verloren haben. Die EU wird sich der zunehmenden Korruption bewusst, die jetzt genau dieselben Kanäle nutzt, die früher wichtige Entscheidungen auf unterer Ebene ermöglichten, aber auch sie tue nichts dagegen, aus Angst vor den Antisemitismus-Vorwürfen, mit denen auf jegliche Israelkritik geantwortet wird. „Früher war jeder, der die Juden hasst, ein Antisemit. Heute ist jeder, den die Juden hassen ein Antisemit.“ Hever sieht einen Boykott auf israelische Produkte als sehr wirksames Mittel – allein die Ankündigung eines akademischen Boykotts habe bereits die israelische Gesellschaft erschüttert.

Weiter berichtete Hever vom gegenwärtigen Bau großer Industriegebiete auf der israelischen Seite der Mauer, die billige palästinensische Arbeitskraft nutzen wollen (wie jetzt schon die Industrie in den Siedlungen). Die Profite gehen natürlich ganz an Israel. In den Augen des palästinensischen Premierministers Fayyad ist die Strangulierung der palästinensischen Wirtschaft viel schlimmer noch als die Besatzung selbst. In Südafrika hätte schon die Kontrolle der Wirtschaft zur Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung gereicht. Die militärischen Eingriffe und mangelnde Bewegungsfreiheit machen die Situation der Palästinenser durchaus noch schlimmer als die südafrikanische Apartheid.

Schließlich sprach Shir Hever über die negativen Auswirkungen der Besatzung auf die israelische Gesellschaft. Vor 1967 kam der Standard der sozialen Sicherheit den skandinavischen Ländern gleich, heute ist er weit davon entfernt. Die Zahl derer, die den Militärdienst leisten, nehme von Jahr zu Jahr ab – besonders die Armen suchen jede Ausflucht, ihn zu umgehen. Das zeige, dass sie sich nicht mehr an der Gesellschaft beteiligt fühlen. Korruption führe nicht einmal mehr bei der Aufdeckung zu Scham. 40% der jüngeren Israelis würden am

liebsten emigrieren. Mehr als 50% der Bevölkerung glaubt, Israel wird in 50 Jahren nicht mehr existieren.

Vor Kurzem war in Gaza ein Massenmarsch mit Tausenden von Teilnehmern geplant, die versuchen wollten, die Grenze gewaltfrei zu stürmen. Er wurde im letzten Moment durch die Hamas gestoppt, da dies ihrer Strategie bedroht hätte. Bis dahin habe das Vorhaben allerdings die israelische Armee in Panik gestürzt!

Noch strebt die israelische Regierung eine Zweistaatenlösung an die, nach Hever, schon jetzt nicht mehr möglich ist: das Recht auf Rückkehr für die palästinensischen Flüchtlinge könne nicht ignoriert werden, stünde aber zwei Staaten im Weg; eine stabile palästinensische Regierung liege noch weit in der Zukunft; und der gezwungene Transfer aller Siedler aus der Westbank würde, mit Entschädigung, den Staat bankrott machen, ohne Entschädigung würde er ein Zeitbombe innerhalb Israel installieren.

Mit dieser düsteren Prognose war unsere Tour beendet. Ich blieb noch einen zusätzlichen Tag in Israel, den ich dazu nutzte, Amos Gvirtz im Kibbutz Shefayim zu besuchen, wo er sein ganzes Leben verbracht hat und weiterhin unermüdlich bemüht ist, den Gedanken der Gewaltfreiheit in der israelischen Gesellschaft zu verbreiten. Manchen von euch wird er durch seine Vortragsreise mit Noah Salameh in Erinnerung sein.

Zu bemerken ist noch, dass - im Gegenteil zur letzten Reise - die Ein- und Ausreise ohne irgendwelche Schwierigkeiten für mich verliefen. (Allerdings wurde eine englische Quäkerin aus der Gruppe stundenlang bei der Einreise festgehalten.)

Angelika Schneider, 04298 467616, Email: anka.sch@gmx.net